

11.01.2020

Protest gegen rot-grüne Reform der Schulbegleitung

Hamburg Der Plan der rot-grünen Koalition, die Schulbegleitung an Grundschulen deutlich auszuweiten, stößt in seiner jetzigen Form auf Kritik. SPD und Grüne wollen für jede der rund 200 Grundschulen einen eigenen Schulbegleiter oder eine Schulbegleiterin als feste „systemische Ressource“ schaffen. Die Schulbegleiter unterstützen Kinder mit Behinderungen oder psychischen Problemen im Schulalltag.

In einem gemeinsamen Aufruf fordern 38 Verbände, Wohlfahrtsorganisationen und Gewerkschaften Verbesserungen des Projekts. „Zusätzliche Gelder für die Schulbegleitung für Kinder mit einer Behinderung sind dringend erforderlich, aber die Mittel müssen so eingesetzt werden, dass der Umfang, die Verlässlichkeit und die Qualität verbessert werden“, heißt es in dem Aufruf.

Der rot-grüne Plan sieht vor, dass Teilnehmer des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) oder des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) die Schulbegleitungen an den Grundschulen übernehmen sollen. „Die von den Senatsfraktionen geplante Zuweisung von einer FSJ-/BFD-Stelle pro Grundschule ist sinnlos und löst keines der bestehenden Probleme in der Schulbegleitung“, heißt es in dem Aufruf. Sinnvoller wäre der Einsatz von pädagogisch qualifiziertem Personal, da es sich an den Grundschulen in der Regel um Kinder mit komplexen psychosozialen Beeinträchtigungen handele.

Aus Sicht der Kritiker ist eines der Hauptprobleme der Schulbegleitung, dass es keine von der Schulbehörde vorgegebenen Standards zur Qualifizierung der FSJ-Kräfte gibt und außerdem die Fluktuation sehr hoch ist. Nach dem Willen der Fraktionen von SPD und Grünen soll die Bürgerschaft die 3,5 Millionen Euro teure Ausweitung der Schulbegleitung auf alle Grundschulen in der kommenden Woche beschließen. pum